

Leistung, die Leiden schafft

Fahrlässigkeit oder Vorsatz? Jedenfalls hat es die sonst so umsichtige Deutsche Bank bei ihren riskanten Geschäften diesmal erwischt. Es geht um Zinswetten, die für Mittelständler und Kommunen verlustreich endeten. Der Bundesgerichtshof (BGH) urteilte nun: Beratungspflicht verletzt. Die Anwälte der Bank hatten den BGH in der mündlichen Verhandlung noch gewarnt, ein negatives Urteil könne eine „zweite Finanzkrise“ auslösen. Aber das bedrohliche Szenario verfängt nicht mehr. Die Deutsche Bank muss Schadenersatz über 541.000 Euro leisten. Sollte ihr in der schriftlichen Urteilsbegründung auch noch Vorsatz vorgeworfen werden, könnte eine Klagewelle auf die Herren in Nadelstreifen zurollen.

Die Konstruktion dieser „CMS Spread Ladder Swaps“ legt dies nahe: Schon bei Abschluss hatten sie einen negativen Marktwert. Kosten, Risiken und Gewinn der Bank waren bereits einkalkuliert. Der Gewinn der Bank entsprach spiegelbildlich dem Verlust der Kunden – und fiel an, weil ihre Prognose der Zinsentwicklung nicht eintrat. Noch offensichtlicher wurde dieser Interessenkonflikt, als die Deutsche Bank das Risiko, das aufgrund ihrer Beratungs-„Leistung“ der Kunde übernahm, gewinnbringend weiterverkaufte – rund 700mal. Der Gesamtschaden wird auf eine Milliarde Euro geschätzt.

Andere Banken, die ihren Kunden ähnliche Produkte verkauften, sollten sich warm anziehen. Der Richterspruch sollte zu einer Verschärfung der Beratungspflichten führen. Bei der provisionsbasierten Finanzvermittlung besteht generell die Gefahr, dass die Beraterrolle gegenüber der Verkäuferrolle ins Hintertreffen gerät. Bekanntlich stehen die Bankbeschäftigten unter erheblichem Verkaufsdruck durch das Management.

Die Regulierung des Finanzsektors ist nach wie vor unzureichend: Der DGB fordert seit langem einen wirksamen TÜV für Finanzprodukte und eine einheitliche

Finanzaufsicht. Produkte, die zu komplex und volkswirtschaftlich sinnlos sind, gehören verboten. Darüber hinaus muss das Eigenkapital der Banken erhöht, der Eigenhandel untersagt und der Derivatemarkt austrocknet werden. Denn trotz Finanzkrise gibt es immer mehr Derivate. Die Deutsche Bank erwirtschaftet derzeit 86 Prozent mit risikoreichem Investmentbanking (siehe Grafik).

Darüber hinaus werden die verquerten Mechanismen unseres Wirtschaftens deutlich: Da versuchen Mittelständler, kommunale Unternehmen, Kommunen und Endverbraucher ihre Finanzen durch wilde Spekulationen aufzubessern. Da spekulieren Firmen lieber, statt in neue Produkte und die Qualifikation ihrer MitarbeiterInnen zu investieren. Und Stadtkämmerer stecken offenbar nicht jeden Cent in die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur. Wie groß muss die Not sein, wenn sie sich auf derart waghalsige Sanierungsversuche einlassen? 2010 betrug das Defizit der Kommunen 7,7 Mrd. Euro, rund 500 Mio. Euro mehr als 2009. Da helfen Rückzahlungen aus Kamikaze-Geschäften wenig. Die öffentliche Hand braucht vielmehr ein gerechtes Steuersystem mit soliden Einnahmen.

